

Politiker wollen das Gericht untersuchen

Der Bericht über Misstände am Bundesstrafgericht in Bellinzona schreckt Politiker auf – sie kündigen Untersuchungen an.

Henry Habegger

«Ich werde gefragt, ob es wirklich so schlimm ist, wie im Artikel steht. Ich antworte: Schlimmer!» So reagierte gestern ein Parlamentarier, der über Insiderwissen verfügt, zum Artikel in dieser Zeitung über die Zustände am Bundesstrafgericht in Bellinzona.

Darin war die Rede von Spesenrittern, Sexismus, Mobbing, Tricks bei Überstunden und anderem mehr am Bundesstrafgericht. Von Krach und Chaos an einem der wichtigsten Schweizer Gerichte. Richtern, die sich gegenseitig decken und Politikern, die nicht durchgreifen wollen oder können.

Politik in Bern kündigt Aufklärung an

Jetzt aber scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Manchen Politikern, die nicht in der zuständigen Gerichtskommission (GK) sitzen, waren die Probleme in Bellinzona nicht oder nur am Rande bekannt. So eine ist SP-Nationalrätin Claudia Friedl (SG). «Das ist ein Fall für die Geschäftsprüfungskommission», stellt sie fest. Lorenz Hess (BDP, BE), Mitglied der Gerichtskommission, sagt: «Gewisse Vorgänge und Abläufe wurden öfters in der Gerichtskommission thematisiert. Ich gehe davon aus, dass in der neuen Legislatur genauer hingeschaut wird.»

Sibel Arslan, Grüne aus Basel und ebenfalls GK-Mitglied, hält fest: «Im Artikel ist die Situation sehr gut beschrieben, was ein offenes Geheimnis ist. Die Stimmung in Bellinzona ist toxisch». Sie regt an, eine Subkommission einzusetzen oder die GPK damit zu beauftragen. «Die Schweizer legen zu Recht grösste Bedeutung auf ihren Rechtsstaat und die Institutionen. Es ist an uns Politikerinnen und Politikern, dafür zu sorgen, dass die Institutionen nicht noch mehr beschädigt werden.»



Im Bundesstrafgericht in Bellinzona herrschen gemäss Insidern gravierende Misstände.

Bild: Alessandro Crinari/Keystone

«Alle Gerichte, auch die kantonalen, sind Blackboxen.»



Pirmin Schwander (NR, SVP) Mitglied Gerichtskommission

«Die Stimmung in Bellinzona ist toxisch.»



Sibel Arslan (NR, Grüne) Mitglied Gerichtskommission

«Ich will vor den nächsten Richterwahlen wissen, was Sache ist.»



Andrea Caroni (SR, FDP) Präsident Gerichtskommission

Die SVP stellt sieben der 20 Bundesstrafrichter. Je vier gehören der FDP, der CVP und der SP an. Zwei Richter sind Grüne, wobei einer beurlaubt ist.

Als Problem gilt auch, dass die Gerichtsleitung aus zwei Deutschschweizer SVP-Richtern besteht. Präsident ist Stephan Blättler, Sylvia Frei ist Vize. Die beiden sollen nach dem Willen des Gerichts jetzt ihre Funktionen tauschen.

Die Wahl durch die Bundesversammlung findet heute statt. SVP, FDP und die Mitte-Fraktion sind einverstanden, mangels Alternative, heisst es. SP, Grüne und GLP wollen das SVP-Duo dagegen nicht wählen, sind aber in der Minderheit. Wahrscheinlich ist, dass die Richter mit einem schlechten Resultat

abgestraft werden und danach Untersuchungen folgen.

Selbst SVP-Nationalrat Pirmin Schwander, dem als Mitglied der Gerichtskommission beste Drähte nach Bellinzona attestiert werden, sieht Probleme – auch wenn er nicht alle Einschätzungen teilt. Es bestehe dringend Handlungsbedarf, sagt er, nicht nur in Bellinzona: «Alle Gerichte, auch die kantonalen, sind Blackboxen. Wenn man Fragen stellt, hört man sofort den Vorwurf, man greife die Unabhängigkeit der Justiz an. Dann traut sich keiner mehr, genauer hinzuschauen.»

Präsident Caroni will «wissen, was Sache ist»

Sofort reagiert hat gestern FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). «Als neuer Präsident der Gerichtskommission wird es mir ein Anliegen sein, vor der nächsten Gesamterneuerungswahl zu wissen, was Sache ist», sagt er. «Ich könnte mir vorstellen, dass die Gerichtskommission die Geschäftsprüfungskommission um Abklärung bitten wird.» In Caronis Aussage schwingt die Drohung mit, Richter nicht wieder zu wählen. Denn bei den Gesamterneuerungswahlen in zwei Jahren stehen alle Richter zur Wiederwahl. Bis dahin will Caroni also Klarheit.

Auch Sibel Arslan fordert seit längerem, bei Richterwahlen strengere Massstäbe anzusetzen. «Wir müssen bei Richterwahlen in Zukunft viel mehr auf die Kompetenzen der Kandidierenden schauen. Der Verteilungsschlüssel nach Parteien darf nicht das wichtigste oder sogar einzige Kriterium sein.»

Gefordert ist in den Augen von Parlamentariern aber auch das Bundesgericht, welches die Aufsicht über Bellinzona hat. Präsident Ueli Meyer (SP) hat dem Vernehmen nach bereits einige Male in Bellinzona interviewiert.

Schwere Vorwürfe gegen Roger Köppel

Die «Weltwoche» soll sich eine persönliche Kolumne des chinesischen Botschafters mit Inseraten bezahlen lassen.

Angefangen hat laut der NZZ alles im Frühling dieses Jahres. Am 4. April erschien die erste Kolumne von Geng Wenbing, dem chinesischen Botschafter, der diese nutzte, um «ungefiltert die chinesische Staatsdoktrin» zu verkünden.

Nur eine Woche vorher hatte die «Weltwoche», deren Chefredaktor und Verleger der Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel ist, ein ganzseitiges Inserat einer chinesischen Firma abgedruckt. Insgesamt acht solche seitenfüllenden Werbeanzeigen von chinesischen Firmen wie der «China Construction Bank» druckte die Zeitung dieses Jahr. Zum Vergleich: Bis auf ein paar kleine Inserate waren es gar keine im Jahr 2018. Kopien von Mails zwischen der «Weltwoche» und der chinesischen

Botschaft lassen zudem vermuten, dass die chinesische Botschaft der Zeitung offerierte, die bis zu 10 000 Franken teuren Inserate der chinesischen Firmen zu übernehmen. In einem Fall meldete sich ein Unternehmen und verwies ausdrücklich auf eine chinesische Botschaftsmitarbeiterin. Sie wurde sogar ins cc gesetzt.

Köppel findet alles unproblematisch

Handfeste Beweise kann die «NZZ» nicht liefern, die zeitliche Übereinstimmung der Werbeanzeigen und der Kolumne sowie die aufgetauchten Mails deuten jedoch auf eine Zusammenarbeit hin. In seiner Kolumne vertritt Botschafter Geng Wenbing die offiziellen Ansichten der kommunistischen

Staatspartei Chinas. So schrieb er wenige Tage, bevor die «China Cables» die Existenz der Internierungslager für Uiguren bestätigten, dass China eine «Familie mit 56 Ethnien» sei und das Aufrechterhalten der ethnisch vielfältigen Kultur fördere. Bei den Lagern handle es sich lediglich um Massnahmen zur Ausrottung des islamistischen Extremismus.

Völlig unproblematisch, findet Köppel. Er ist sogar stolz darauf. Gegenüber der «NZZ» sagte er: «Meines Wissens ist es im Westen einzigartig, dass ein Repräsentant Chinas eine derart offene Bühne erhält.» Den Vorwurf der einseitigen Berichterstattung wies er zurück.

Die «NZZ» geht noch weiter mit den Anschuldigungen. So lasse die «Weltwoche» Artikel

über China von der chinesischen Botschaft gegenlesen und gegebenenfalls entschärfen. Als Beispiel dient ein Artikel über die chinesischen «Giganten des 20. Jahrhunderts», Mao Zedong und Deng Xiaoping. Der Autor schrieb dabei beim Eintrag zum Jahr 1989 lediglich von einem «Ereignis» auf dem Tiananmen-Platz. Kein Wort von einem Massaker.

Gemäss Quellen aus dem Umfeld der «Weltwoche»-Redaktion soll die verharmlosende Bezeichnung zwischen der Zeitung und der chinesischen Botschaft ausgehandelt worden sein. Köppel dementiert die Vorwürfe nicht. Auf Anfrage der «NZZ» sagte er lediglich, dass die redaktionelle Letztverantwortung jederzeit bei ihm persönlich lag. (dfr)

Pflege-Initiative: Nationalrat kommt Initianten entgegen

Mit einer Ausbildungsinitiative und mehr Verantwortung für Pflegenden will er den Pflegeberuf stärken.

Gesundheit Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Pflege-Initiative mehr Pflegepersonal und eine Stärkung der Pflege. Der Nationalrat empfiehlt sie zur Ablehnung. Angenommen hat er aber den indirekten Gegenvorschlag seiner Gesundheitskommission. Dieser kommt in einem zentralen Punkt, nämlich der Möglichkeit für Pflegenden, Leistungen direkt mit den Kassen abzurechnen, den Initianten entgegen.

Die Kommission hätte das direkte Abrechnen zwar ebenfalls zulassen wollen. Voraussetzungen wären aber gewesen, dass der Bundesrat die Leistungen festlegt und eine Vereinbarung der Leistungserbringer mit

den Krankenkassen vorliegt. SP, Grüne und GLP wollten diese Vereinbarung nicht im Gesetz haben und obsiegten. Pflegefachleute sollten vom Bundesrat bezeichneter Leistungen mit oder ohne Anordnung eines Arztes direkt mit den Kassen abrechnen können, fanden sie. Barbara Gysi (SP/SG) sagte dazu, es brauche zwingend eine Aufwertung des Berufes und mehr Eigenverantwortung.

Gesundheitsminister Alain Berset wehrte sich vergeblich. Er warnte vor höheren Kosten zu Lasten der Prämienzahler und der Schaffung eines Präjudizes. Ausserdem widerspreche diese selbstständige Abrechnung den Bemühungen um mehr Koordination. (sda)